Terminsbestimmung

Amtsgericht Eisenach

Eisenach, 20.10.2026

Az.: 41 K 15/25

Terminsbestimmung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Datum	Uhrzeit	Raum	Ort
Donnerstag, 14.01.2027	**09:00 Uhr**	**218, Sitzungssaal**	**Amtsgericht Eisenach, Theaterplatz 5, 99817 Eisenach**

öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung:

Eingetragen im Grundbuch von Eisenach

Gemarkung	Flur, Flurstück	Wirtschaftsart u. Lage	Anschrift	m²	Blatt
Eisenach	52, 4169	Gebäude- und Freifläche, Kasseler Straße 6	Kasseler Straße 6, 99817 Eisenach	284	7107 BV 3

Objektbeschreibung/Lage *(lt Angabe d. Sachverständigen)*:
Bebauung mit viergeschossigem, unterkellertem Wohn- und ehemaligem Geschäftshaus mit eingeschossigem Anbau;
im Erdgeschoss ehemalige Laden-/Verkaufsbereiche;
im 1., 2., 3. Obergeschoss jeweils zwei Wohnungen;
schlechter Gesamtzustand; hoher Sanierungs- und Modernisierungsaufwand;
Grundstück im Sanierungsgebiet "Katharinenstraße"

Verkehrswert: 70.000,00 €

Der Versteigerungsvermerk ist am 27.11.2025 in das Grundbuch eingetragen worden.

Der nach § 13 ZVG für wiederkehrende Leistungen maßgebliche Beschlagnahmezeitpunkt ist der 26.11.2025.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hinweis:

Gemäß §§ 67 - 70 ZVG kann im Versteigerungstermin für ein Gebot Sicherheit verlangt werden. Die Sicherheit beträgt 10 % des Verkehrswertes und ist sofort zu leisten. Sicherheitsleistung durch Barzahlung ist ausgeschlossen.
Bietvollmachten müssen öffentlich beglaubigt sein.